



Antwort zur Anfrage Nr. 1430/2024 der Volt-Stadtratsfraktion betreffend **Sachstand Cannabismodellprojekt Mainz (Volt)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Status der Modellregion:

Wie weit ist die Prüfung um eine Bewerbung von Mainz als Modellregion für den legalen Cannabis-Verkauf vorangeschritten?

Ist bereits klar, ob Mainz eine Modellregion mit legaler Cannabis-Abgabe wird oder ob die Stadt eventuell eine alternative Rolle im Rahmen eines Modellprojekts einnimmt?

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den anderen Städten der Rhein-Main-Region im Hinblick auf eine gemeinsame Teilnahme in den Forschungsprojekten und ein einheitliches Vorgehen?

Der Stadtratsbeschluss vom 17.05.2023 (Vorlage 0752/2023) bezieht sich auf die zu diesem Zeitpunkt geltende Erkenntnislage des Gesetzesvorhabens und die geplante sog. 2. Säule der Cannabislegalisierung, welche eine Abgabe von Cannabis an erwachsene Einwohner bestimmter Kreise oder Städte über kommerzielle Lieferketten in regional und zeitlich begrenzten Modellvorhaben vorsah.

Diese vorgesehene 2. Säule wurde bisher durch den Bundesgesetzgeber (noch) nicht durch Gesetz umgesetzt.

Der Stadtratsbeschluss sieht ferner neben der Absichtserklärung, dass Mainz eine Modellregion werden soll, einen reinen Auftrag für die Verwaltung vor, die Voraussetzungen - sobald diese durch den Bund geschaffen wurden - zu prüfen.

Derzeit beinhaltet das Konsum-Cannabisgesetz (KCanG) lediglich eine sog. Forschungsklausel (§ 2 Abs. 4 Satz 6 KCanG). Diese Forschungsklausel bewegt sich dabei deutlich unterhalb der Ziele der o.g. 2. Säule und Bedarf zu ihrer Umsetzung noch einer Rechtsverordnung, zu welcher bisher nur ein Entwurf vorliegt (Konsumcannabis-Wissenschafts-Zuständigkeitsverordnung, KCanWV) und deren finalen Regelungen nebst Inkrafttreten noch nicht absehbar sind.

Entsprechend des o.g. Prüfauftrages kommt die Verwaltung daher zu dem Ergebnis, dass eine Beteiligung an einem Forschungsvorhaben derzeit im Hinblick auf die unklare Rechtsituation sowie auch nicht absehbare Auswirkungen auf die Verwaltung (insb. notwendige personelle Ressourcen), auch im Hinblick auf die Haushaltssituation, nicht sinnvoll erscheint.

Zur Zusammenarbeit mit anderen Städten in der Rhein-Main-Region fanden und finden regelmäßig Austausche per Videokonferenz statt.

2. Forschung und wissenschaftliche Begleitung:

Welche Institutionen oder Projekte wären potenzielle Partner für die wissenschaftliche Begleitung in Mainz?

Welche Schwerpunkte würde ein solches Forschungsprojekt in Mainz haben?

Entfällt.

3. Prävention und Aufklärung:

Welche Maßnahmen im Bereich Prävention und Aufklärung wurden und werden ergriffen und wie ist der weitere Ausbau geplant?

Die Jugend- Drogenberatungsstelle BRÜCKE im Amt für Jugend und Familie hält folgende Angebote im Bereich Cannabisprävention vor:

- "Der Grüne Koffer - Methodenset Cannabisprävention", das von den Präventionsfachkräften der Beratungsstelle BRÜCKE durchgeführt werden kann, aber auch von geschulten Fachkräften und Lehrpersonal.

Die notwendigen Schulungen führen die Präventionsfachkräfte der Beratungsstelle BRÜCKE durch.

- Cannabis - quo vadis, ein Instrument zur Förderung von Risikokompetenz, welches von Schulen in Mainz angefragt werden kann. Der Workshop richtet sich in der Regel an Schüler:innen ab der 8. Klasse.

Des Weiteren gibt es den Arbeitskreis schulische Prävention - in Federführung der Beratungsstelle BRÜCKE - mit dem Ziel, sich über aktuelle Präventionsprojekte zu informieren und auszutauschen und ggfs. neue Projekte zu initiieren.

Dieser Arbeitskreis ist eingeraht in den landesweiten RAK Prävention.

In 2025 soll das Beratungs- und Frühinterventionskonzept FriDA, welches von der BZgA gefördert wird, in der Beratungsstelle implementiert werden.

Ebenfalls in 2025 wird die Cannabisprävention im Kontext von Elternabenden ausgebaut.

Ende 2024 ist eine Informationsveranstaltung mit dem Schwerpunkt Cannabis geplant.

Mainz, 7. Oktober 2024

gez.

Manuela Matz

Beigeordnete